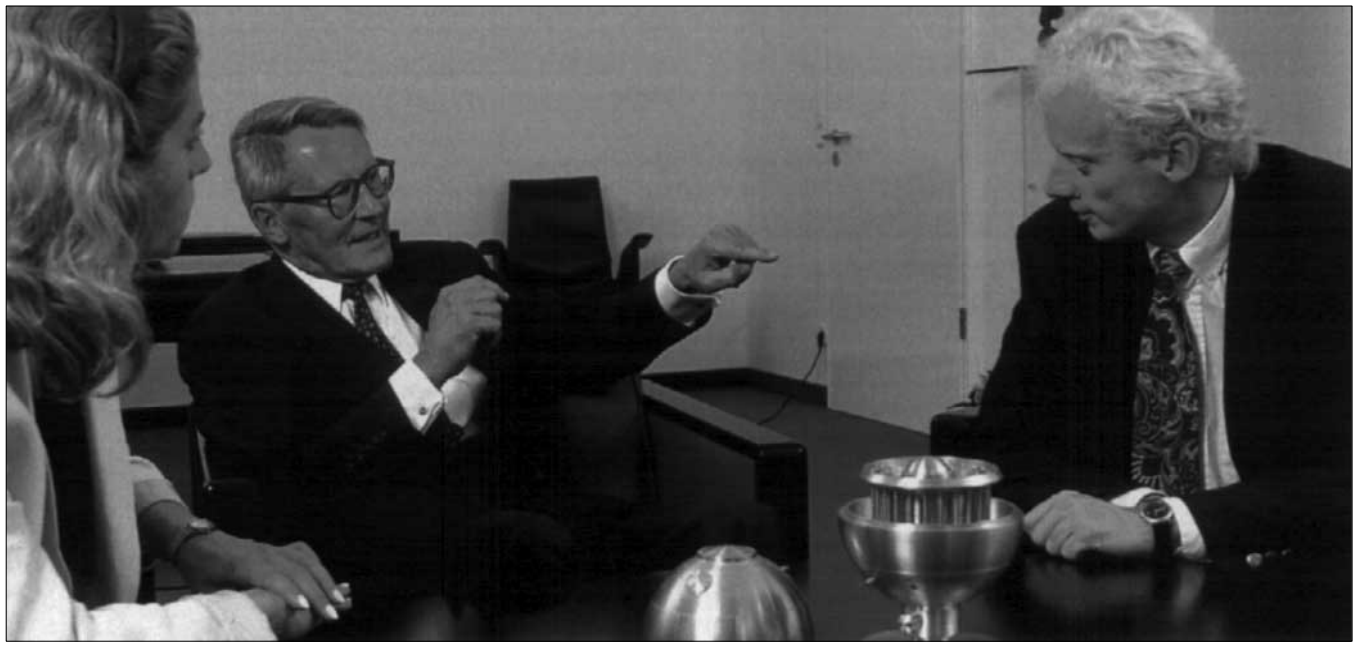

W. M. WEBER

Holzer (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Wir haben eine Fülle politischer Sonderbelastungen“

Konkurrenz nicht gleich unterbinden läßt, setzen sie die „Kampfpreisstrategie“ (Branchenjargon) ein.

In Niedersachsen traf der Leiter der landeseigenen Energieagentur, Stephan Kohler, auf Dutzende von Betrieben und öffentliche Einrichtungen, die mit kleinen Blockheizkraftwerken ihren Verbrauch selbst decken und viele hunderttausend Tonnen des Klimagifts Kohlendioxid einsparen könnten.

„Aber immer, wenn ein durchgerechnetes Konzept vorliegt, bietet PreussenElektra so billig an, daß sich das nicht mehr lohnt“, berichtet Kohler. „Mit ihren Überkapazitäten, die großteils schon abgeschrieben sind, können die jeden Preis unterbieten.“

Diese Dampfwalze aus Macht und Geld, fürchtet Energiereformer Hennicke, werde früher oder später alle Alternativen einfach überrollen. Wenn die Politik den endlosen Geldstrom in die Konzernkassen nicht begrenze, „brauchen wir über eine innovative Energiepolitik bald gar nicht mehr zu debattieren“.

Fraglich ist, ob ein solcher Kraftakt überhaupt noch durchzusetzen ist. Selbst die radikale Freigabe von Wettbewerb in der Stromwirtschaft, wie sie von Ökonomie-Professoren immer wieder gefordert wird, wäre nur eine Pseudo-Reform.

„Dann bleiben einfach nur die drei Großen übrig“, weiß Energieexperte Kohler: „Mit ihren Überkapazitäten konkurrieren die jeden Anbieter nieder, nach fünf Jahren haben sie ihr Oligopol zurück.“

Darauf setzen offenbar auch die Strombosse. Gegenüber den Kritikern hat sich Veba-Chef Ulrich Hartmann neuerdings Großzügigkeit verordnet: „Wir klammern uns nicht an das Strommonopol.“

SPIEGEL-Gespräch

„Uns liebt doch keiner“

Viag-Aufsichtsratschef Jochen Holzer über die Macht der Stromkonzerne

SPIEGEL: Herr Holzer, die drei großen Stromkonzerne wachsen mit abenteuerlicher Geschwindigkeit und kaufen ganze Branchen auf. Bereichern Sie sich auf Kosten der Stromkunden?

Holzer: Nein, wir bereichern uns nicht, sondern wir betreiben eine vernünftige Diversifizierung unserer Geldanlagen, die sehr wohl im Interesse der Stromverbraucher liegt.

SPIEGEL: Sie könnten die Expansion nicht finanzieren, wenn das Stromgeschäft nicht so enorm profitabel wäre.

Holzer: Sie müssen zwischen Rendite und Liquidität unterscheiden. Wir sind in den siebziger Jahren in sehr kapitalintensive Kernkraftwerksprojekte eingestiegen und gingen alle davon aus, daß ein stärkeres Wachstum im Stromverbrauch anhält und massiv neue Kapazitäten gebaut werden müssen. Das war nicht der Fall. Das bedeutete auf der einen Seite hohe Abschreibungen und die Bildung von gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen für die Entsorgung der Kernkraftwerke, denen auf der anderen Seite geringere Investitionen folgen. Zwangsläufige Folge: Bei allen Unternehmen haben sich beachtliche Liquiditätsreserven gebildet, die gerade im Interesse der Verbraucher werterhaltend, renditestark und fungibel anzulegen sind.

SPIEGEL: Hätten Sie da nicht längst die Preise senken müssen?

Holzer: Wir haben eine Fülle politischer Sonderbelastungen, aber keine überhöhten Preise. Seit 1983 gab es in Bayern keine Strompreiserhöhung mehr. Im Gegenteil, am 1. Januar 1990 haben wir für die bayerische Wirtschaft eine 5prozentige Strompreissenkung durchgeführt. Real sind das 30 Prozent Verbilligung. Wir ziehen die Verbraucher nun wirklich nicht über den Tisch.

SPIEGEL: Nach wie vor haben Sie so hohe Einnahmen, daß Sie aus dem Cash-flow die Expansion in andere Branchen finanzieren können.

Holzer: Warum sollten wir uns auf den Strombereich beschränken?

SPIEGEL: Weil Sie das Geld der Stromkunden verprassen. Allein mit den Rückstellungen für die Atommüll-Ent-

Jochen Holzer

ist einer der einflußreichsten deutschen Strommanager. Als Chef der Bayernwerk AG fädelte der frühere Referatsleiter Energiepolitik im Bonner Wirtschaftsministerium einen spektakulären Deal ein: 1994 trat der Freistaat Bayern seine Mehrheit an dem Energieunternehmen an den Mischkonzern Viag ab. Heute leitet Holzer, 61, den Aufsichtsrat beider Unternehmen.

* Mit Redakteuren Dinah Deckstein und Harald Schumann.

sorgung haben sich die Stromkonzerne fast 40 Milliarden Mark steuer- und zinsfreie Kapitalreserven besorgt.

Holzer: Noch einmal, da wird nichts verpraßt, sondern werthaltig auf Zeit Kapital angelegt. Dazu sind wir gesetzlich verpflichtet, wir müssen die Entsorgung und den Abriß alter Kernkraftwerke später ja auch mit allen inflationären Verteuerungen bezahlen.

SPIEGEL: Eben. Aber Sie finanzieren damit Ihre strategischen Investitionen in stromfremden Branchen.

Holzer: Das stimmt so nicht. Jedenfalls wir beim Bayernwerk haben etwa 75 Prozent dieser Gelder in kurzfristig verfügbaren Geldanlagen angelegt.

SPIEGEL: Ausweislich Ihrer Bilanz sind von den zwölf Milliarden Mark Rückstellungen nur gut fünf Milliarden flüssig. Wo ist der Rest?

„Die Veag wurde von der Treuhand geplündert“

Holzer: Das Geld ist jederzeit mobilisierbar, aber wir können es nicht einseitig nur in Staatsschuldverschreibungen anlegen. Wir müssen, wie jeder Fonds, eine ausgewogene Geldanlagestrategie wählen. Zwangsläufig gehört dazu auch die eine oder andere Beteiligungsposition. Anhand unserer Unternehmensstrategie ist nachvollziehbar, daß wir uns davon auch wieder trennen können. Wir haben Anfang dieses Jahres zum Beispiel die Papierwerke Aschaffenburg recht erfolgreich verkauft.

SPIEGEL: Daß die Strombranche ihr Monopol mißbraucht, haben Sie zusammen mit Veba und RWE in Ostdeutschland vorgeführt. Erst haben Sie sich per Vertrag die Geschäftsbesorgung für die DDR-Stromindustrie beschafft, dann in vier Jahren durch hohe Preise über vier Milliarden Mark in die Kasse des ostdeutschen Verbundunternehmens Veag bekommen und mit diesem Geld dann zwei Drittel des Kaufpreises bezahlt.

Holzer: Das sehe ich ganz anders. So verdreht man die Fakten! Es war die damalige DDR-Regierung und die Bundesregierung, die uns drängten, die Gesamtverantwortung für die desolate Stromversorgung im Osten zu übernehmen. Die vier Milliarden Mark haben nicht wir vereinnahmt, sondern die Veag wurde von der Treuhand geplündert, die bekam doch am Ende das Geld. Und für die geplünderte Veag haben wir dann zwei Milliarden Mark bezahlt.

SPIEGEL: Damit schieben Sie den Schwarzen Peter der Bundesregierung zu. Tatsache ist, Sie haben einen Stromkonzern von der Größe des Bayernwerks für einen lächerlichen Preis bekommen. Wäre die Veag international ausgeschrieben worden, hätte die Treuhand ein Vielfaches dessen erzielt.

Holzer: Da irren Sie sich gewaltig. Die Veag war noch nicht einmal die zwei Milliarden wert. Die Veranstaltung in den neuen Bundesländern war für uns keineswegs eine „Bonanza“, sondern eine nationale Aufgabe, der wir uns gestellt haben, wohlwissend, daß wir damit für Jahre nichts als Verluste machen.

SPIEGEL: Sie können doch alle Ausgaben auf die Strompreise umlegen.

Holzer: Können wir nicht. Wir stehen schon jetzt unter dem Druck, daß durch den Wegfall des Kohlepfennigs im Westen sich plötzlich das Strompreisgefälle zugunsten der alten Bundesländer verändert. Wirtschaftsminister Rexrodt fordert massiv, daß die Preise zwischen Ost und West nicht auseinanderklaffen.

SPIEGEL: Heißt das, daß Sie jetzt eigenes Geld nachschießen werden?

Holzer: Wenn wir neue Kraftwerke in Ostdeutschland mit Gesellschafterdarlehen finanzieren, würden diese natürlich genauso verzinst, als wenn das Bankkredite wären. Insofern entsteht dem Bayernwerk, dem RWE oder der Preussen-Elektra kein unternehmerischer Schaden. Das Risiko besteht aber darin, daß die Darlehen eines Tages notleidend werden könnten.

SPIEGEL: Gehen Sie wirklich runter mit dem Preisniveau im Osten?

Holzer: Ich habe nicht gesagt, daß wir den Strompreis absenken werden, sondern daß wir unter einem mächtigen Druck der Politik stehen. Wir können aber nicht auf Dauer im Osten Verluste anhäufen. Darum ist es durchaus möglich, daß wir in den neuen Bundesländern für eine Weile ein höheres Strompreisniveau haben werden.

SPIEGEL: Wenn das Risiko so groß war, warum haben Sie es nicht auf eine weltweite Ausschreibung ankommen lassen?

Holzer: Diese Frage wurde durchaus diskutiert. Wir haben in mehreren Kanzlerrunden drei Jahre lang über das Thema verhandelt. Aber uns liebt doch keiner, da konnten wir nicht einfach den Bettel hinschmeißen, obwohl das vielleicht vernünftiger gewesen wäre. Zumindest bis 2000 sind nur Verluste zu erwarten, weil wir nicht den ganzen Markt bekommen haben. Viele Städte wollten ja unbedingt mit der Stromversorgung eine sprudelnde Geldquelle erschließen, mit denen Kindergärten und sonstige öffentliche Aufgaben subventioniert werden können.

SPIEGEL: Die Stadtwerke können viel besser die ökologisch sinnvolle Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben.

Holzer: Ich bin kein Gegner der kommunalen Versorgungswirtschaft. Wir haben

in Thüringen 20 Stadtwerke gemeinsam mit unserer regionalen Gesellschaft Teag. Wir sind nicht gegen eine dezentrale Energieversorgung.

SPIEGEL: Aber gerade haben Sie ein neues Preissystem eingeführt, über das der Verband kommunaler Unternehmen urteilt, es sei nur dazu gedacht, die Eigenerzeugung bei Stadtwerken zu verhindern.

Holzer: Dieser Vorwurf ist mir bekannt. Unsere Leute sagen natürlich, wenn ein Tarif dazu führt, daß zusätzliche Kapazitäten entstehen, die an und für sich nicht gebraucht würden, sei es sinnvoll, einen preisgünstigeren Tarif für den potentiellen Investor zu wählen. Vielleicht erübrigt es sich dann, eine solche Neuanlage zu bauen.

Holzer: Die Gebietsschutzverträge hat man gemacht, weil man Doppelinvestitionen in einem bestimmten Versorgungsraum vermeiden will. Wenn eine Kommune aus ideologischen Gründen die Versorgung auf kommunaler Ebene machen will, weil man das dort stärker beeinflussen kann, kann man den Versorgungsunternehmen nicht einfach die Netze abnehmen, während die Kommunen die Gewinne einfahren.

SPIEGEL: So weit soll die Kooperation dann doch nicht gehen?

Holzer: Nein. Das unterstütze ich nicht, weil ich der Meinung bin, daß ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen effizienter operiert als eine Kommune, die ständig sachfremden politischen Einflüssen ausgesetzt ist.

W. STECHE / VISUM

Alternative Energieerzeugung: „Alle Betreiber bekommen ihr Geld“

SPIEGEL: Ihre Kritiker nennen das Dumping.

Holzer: Gesamtwirtschaftlich gesehen, kann es nicht sinnvoll sein, daß überall neue Anlagen entstehen und vorhandene Anlagen nicht richtig genutzt werden.

SPIEGEL: Damit die Konkurrenz klein bleibt, fordern Sie von Gemeinden, die ihre Stromnetze zurückkaufen wollen, den Sachzeitwert, obwohl der von den Stromkunden längst gezahlt wurde.

Holzer: Bei der Veräußerung eines Wirtschaftsguts ist es legitim, nach einem Kaufpreis zu suchen, der aus Sicht beider Beteiligter angemessen ist. Man kann nicht nur den historischen Abschreibungswert dagegensetzen.

SPIEGEL: Ist das nicht ein Preis, den Sie für den Monopolvorteil zahlen müssen? So, wie Sie Ihr Geschäft betreiben, führt es dazu, daß die Verbraucher das Netz zweimal bezahlen. Erst beim Bayernwerk und dann beim Stadtwerk.

SPIEGEL: Ist es jetzt nicht umgekehrt: Die Politik untersteht dem Einfluß der Stromkonzerne?

Holzer: Diese Klage höre ich immer, aber sie stimmt nicht. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft ist ungeheuer anfällig. Schauen Sie sich Nordrhein-Westfalen an. Dort befindet sich RWE in einer schwierigen Situation. Welche Politik soll der Konzern machen, wenn sich die Regierung in einem offenen Dissens über die Investitionspläne beim Braunkohletagebau befindet?

SPIEGEL: Nachdem Sie jahrzehntelang schalten und walten konnten, haben Sie nun eine Zehn-Prozent-Partei, die Grünen, gegen sich. Ärgert Sie das?

Holzer: Nein, überhaupt nicht. Nur, es ist für die Energiebranche und unser Land ausgesprochen schädlich, wenn sich die energiepolitischen Grundpositionen ständig ändern. Wir brauchen verläßliche Rahmenbedingungen. Wir können nicht noch mal eine solche Kehrtwende wie in der Kernenergie machen, die wir im Vertrauen auf einen breiten Konsens aufgebaut haben. Jetzt verabschiedet sich eine der beiden Parteien, die SPD, von der gemeinsamen Politik und tut auch in rechtswidriger Form alles, um diese Investitionen zu Fall zu bringen.

SPIEGEL: Sie sind auch nicht zimperlich: Sie verweigern zum Beispiel die gesetzlich vorgeschriebene Vergütung von Strom aus Windkraft. Legal, illegal, scheißegal?

Holzer: Das ist dummes Zeug. Das Gesetz wurde von den Politikern in gefälligem Opportunismus verabschiedet. Wenn es nicht mehr auf den Prüfstand der Verfassungsmäßigkeit gestellt werden kann, ist es um die Demokratie in diesem Staat schlecht bestellt. Man hat den EVU aufoktroyiert, eine unbegrenzte Menge dieser Art von Stromerzeugung aufzunehmen und dafür Preise zu zahlen, die mehr als doppelt so hoch sind wie in den vorhandenen Anlagen. Wo die EVU das über den Strompreis geltend machen, müssen auch Bürger zahlen, die die ideologische Leidenschaft für regenerative Energien nicht teilen. Ich halte es für durchaus legitim, jetzt klären zu lassen, ob dieses Gesetz verfassungskonform ist.

SPIEGEL: Ob die Bürger 250 Millionen Mark Forschungskosten für den neuen Kernreaktortyp bezahlen wollen, den Sie bei Siemens entwickeln lassen, dürfen die Kunden doch auch nicht entscheiden. Messen Sie mit zweierlei Maß?

Holzer: Wenn ein solcher Reaktor eines Tages gebaut wird, dann nur, weil er im Vergleich zu alternativen Erzeugungsmöglichkeiten wirtschaftlicher ist. Ich bin sehr für die technische Weiterentwicklung der regenerativen Energien – die Branche gibt dafür Hunderte von Millionen aus –, aber ich bin gegen Dauersubventionen zu Lasten der Stromkunden, die sich dagegen nicht wehren können. Wir brechen auch nicht das Gesetz, wie oft behauptet wurde. Das Badenwerk hat nur zwei Monate lang weniger bezahlt und damit den Aufgreiftatbestand zur gerichtlichen Prüfung geschaffen. Alle Wind- und Wasserkraftbetreiber bekommen ihr Geld.

SPIEGEL: Bis das höchstrichterlich entschieden wird, sind alle Investitionen im regenerativen Bereich gestoppt, weil die Einnahmen nicht gesichert sind.

Holzer: Das ist unser Problem auch. Wir sollen in Garzweiler und andernorts in die Zukunft investieren und wissen nicht, ob das in ein paar Jahren noch in die politische Landschaft paßt. Insoweit teilen die Investoren der Regenerativen unser Schicksal. So kann man eine höchst leistungsfähige Branche in die Knie zwingen – unsere europäischen Wettbewerber werden sich freuen.

SPIEGEL: Herr Holzer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.